



Postanschrift: Stadt Salzgitter · Postfach 10 06 80 · 38206 Salzgitter

Stadt Salzgitter

Der Oberbürgermeister

Joachim-Campe-Straße 6 - 8
38226 Salzgitter
Datum
21.07.2015

Allris-Freigabe durch:
Herrn Bauerochse

An die Fraktionen des Orsrates der Ortschaft Ost

D/ den Mitgliedern des Orsrates zur Kenntnis

Beantwortung von Anfragen (4406/16) öffentlich

Umsiedlung des Stadtteils Salzgitter-Watenstedt, Anfrage der CDU-Fraktion vom 15.06.2015 in der Orsratssitzung der Ortschaft Ost vom 09.07.2015
--

Sachverhalt:

Die CDU-Fraktion hat am 15.06.2015 die folgende Anfrage an die Verwaltung gestellt:

„Falls Watenstedt in ein Industriegebiet umgewandelt wird (24 Stunden Betrieb) und es dadurch zu einer Umsiedlung von Watenstedt kommen sollte, haben wir folgende Fragen:

1. Wie steht die Stadt zu der Frage: Kann es zu einer Wertminderung der angrenzenden Ortsteile kommen? Wenn ja? wer kommt für den Verlust auf?
2. Wie sollen die umliegenden Ortsteile vor Immissionen geschützt werden?
3. Was für eine Industrie soll angesiedelt werden? (Chemie)?
4. Wie will die Stadt die laufenden Kosten, wie Straßensanierung usw., finanzieren, wenn der Haushalt dermaßen belastet wird und nicht feststeht, dass dieses Industriegebiet vermarktet werden kann?
5. Wie soll die Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben gedeckt werden?
6. Was wird mit der Heinrich Albertz-Schule?“

Stellungnahme der Verwaltung:

Zu 1 Antwort der Verwaltung:

Der Verwaltung sind derzeit keine Gründe bekannt, die zu einer Wertminderung der Grundstücke der angrenzenden Stadtteile führen können.

Zu 2 Antwort der Verwaltung:

Durch die einschlägigen gesetzlichen Vorschriften, wie z.B. das Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz - BImSchG) sind die Stadtteile weiterhin geschützt.

Im Rahmen der noch anstehenden Bauleitplanerischen Entwicklungen zum Industriegebiet werden die öffentlichen Belange unter Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben abzuwägen sein.

Zu 3 Antwort der Verwaltung:

Die Stadt Salzgitter als drittgrößter Industriestandort Niedersachsens hat in einer verantwortungsbewussten und notwendigen Zukunftssicherung ein großes Interesse an der Ausweisung weiterer Flächen, die industriell genutzt werden können.

Im Rahmen der aktiven Wirtschafts- und Ansiedlungspolitik gehen Städte durch die Erschließung von Gewerbe- und Industriegebieten grundsätzlich in Vorleistung und vermarkten die erschlossenen Gebiete anschließend auf eigenes Risiko.

Insofern ist das Vorgehen in diesem konkreten Einzelfall völlig normal und naturgemäß mit den üblichen Risiken verbunden. Das Vermarktungsrisiko ist auf der „grünen“ Wiese natürlich um ein vielfaches höher als in Watenstedt, weil wir dort bereits einen dichten Bestand an Industriebetrieben haben (Lagegunst). In Anbetracht der schnelllebigen industriellen Entwicklungsprozesse (z.B. Industrie 4.0) und notwendigen Strukturanpassungsmaßnahmen bei den Industriebetrieben im Zuge des internationalen Wettbewerbsdruckes fallen unternehmerische Entscheidungen zur Umstellung zu Produktionsprozessen immer schneller (zum Beispiel ALSTOM, Bosch und ganz aktuell MAN). Insofern wird von den betroffenen Standortkommunen höchste Flexibilität und Handlungsfähigkeit erwartet.

Vor diesem Hintergrund handelt es sich mit der anstehenden Ratsentscheidung um eine vorausschauende, verantwortungsbewusste und zukunftsichernde Stadtentwicklungsentscheidung.

Zu 4 und 5 Antwort der Verwaltung:

Die Projektfinanzierung wird in der Beschlussvorlage 4341/16 ausführlich dargestellt. Aus diesem Grund wird auf die Ausführungen der Beschlussvorlage verwiesen.

Der städtische Haushalt wird erst langfristig gemäß des noch abzuschließenden Tilgungsplanes in einem überschaubaren Zeitraum mit zum Teil größeren jährlichen Tilgungsraten umzugehen haben. Der in diesen Jahren zuständige Rat der Stadt Salzgitter wird dies im Rahmen der jährlichen Haushaltsbeschlüsse berücksichtigen.

Ihre Unterstellung, dass die Stadt Salzgitter ihre laufenden Ausgaben in diesem Jahr nicht finanzieren kann, weise ich zurück.

Zu 6 Antwort der Verwaltung:

Im Zuge des Umwandlungsprozesses wird auch die Heinrich-Albert Schule zu verlegen sein.

gez. Jens Flügge